

6.4 Keine ökologische Zerstörung im Koalitionsvertrag festschreiben.

AntragstellerIn: Asja Linke (KV Groß-Gerau)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge (ehemals Top 6, entsprechend Anträge 6.1, 6.2, usw)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Die Grünen in Hessen werden zukünftig keinen Koalitionsvertrag eingehen, in dem
- 2 Verkehrsinfrastrukturprojekte und anderer Maßnahmen festgeschrieben werden, die eine Zerstörung
- 3 von ökologisch wertvollen FFH-Schutzgebieten und Dauermischwäldern zur Folge hätten.

Begründung

Die Grünen in Hessen begreifen den Klimawandel und die Bedrohung der natürlichen Lebensressourcen als ein so existentielles Problem, dass sie bei kommenden Koalitionsverhandlungen keinerlei Kompromisse eingehen, wenn es um die unwiederbringliche Zerstörung ökologisch wertvoller Flächen, im Rahmen der Verkehrsinfrastruktur und anderer Maßnahmen geht.

Die 40 Jahre alte Planung der A49 berücksichtigt weder die Klimaveränderung noch die Grundwassersituation oder das dramatische Sterben unserer heimischen Wälder. Ein Weiterbau würde das nach der europäischen Flora-Fauna- Habitat-Richtlinie ausgewiesene Natura 2000-FFH-Schutzgebiet Herrenwald zerschneiden und damit den Biodiversitätsverlust in Deutschland weiter befördern. Angesichts deutschlandweiter Dürreschäden können wir es uns nicht leisten, insgesamt rund 100 Hektar gesunden alten Mischwald, ca. 80.000 Bäume, mit seiner gesamten Artenvielfalt zu zerstören. Der Dannenröder Wald ist ein 250 Jahre alter Dauermischwald und wird von Fachleuten als klimarelevant eingestuft. Er erfüllt durch sein spezielles Binnenklima alle Voraussetzungen, um trotz Klimawandels weiter bestehen zu können.

Der Klimawandel ist nur zu stoppen, wenn wir endlich mit der notwendigen Verkehrswende beginnen. Hierfür sind viele unterschiedliche Maßnahmen notwendig. Ein weiterer Autobahnausbau gehört sicherlich nicht mit dazu.

Zur Erreichung der auch von der Landesregierung Hessen angestrebten Reduzierung der CO₂-Emissionen aus dem Sektor Verkehr hat die hessische Umweltministerin Priska Hinz eine schnelle Verkehrswende angemahnt, weil Hessen die CO₂-Ziele für 2020 mit nur 19% statt den erforderlichen 30% Reduktion deutlich verfehlt. Dabei entfallen 40% der Emissionen auf den Verkehrssektor.

Ziel :

Das Bewahren von Lebensräumen, abmildern der Klimaveränderungen, Erhalt der Artenvielfalt und Schutz unseres Trinkwassers. Umsteuern zur echten Verkehrswende.

Unterstützer*innen

Michael Tönsmann (KV Gross Gerau); Erika Rohark (KV Groß Gerau); Gregor Gatermann (KV Groß Gerau); Thomas Diehl (KV Groß Gerau); Folkmar Schirmer (KV Groß Gerau); Martin Pabst (KV Frankfurt); Barbara Schlemmer (KV Frankfurt); Freddy Plitzko (KV Vogelsberg)